

ZDS fordert bessere Bedingungen für Großraum- und Schwertransporte

Flexibilität bei der Personaldisponierung zugunsten einer verlässlichen Antragsbearbeitung, Installierung eines behördlichen „Frühwarnsystems“ für Genehmigungsmehrbedarfe, Transparenz bei den Bearbeitungszeiten, Verbesserungen beim elektronischen Verfahrensmanagement, Festlegen von länderübergreifenden Schwerlastkorridoren – dies sind nur einige der Forderungen des Zentralverbandes der deutschen Seehafenbetriebe e. V. (ZDS) zur Optimierung der Rahmenbedingungen für Großraum- und Schwerlasttransporte zu und von den deutschen Seehäfen. Der ZDS unterstützt damit auch die Verbändeinitiative der Bundesfachgruppe Schwertransporte und Kranarbeiten e.V.

Dabei erkennt der ZDS die teilweise bereits angelaufenen Maßnahmen der Küstenländer an, sieht darüber hinaus allerdings noch weitere Verbesserungspotentiale zur Steigerung der Effektivität des Verkehrsflusses.

Erreichbarkeit der Seehäfen sicherstellen

Insbesondere werden die Transporte zunehmend durch eine abgängige Infrastruktur erschwert. Deshalb ist ein zwischen den Küstenländern abgestimmtes Baustellenmanagement als wesentlicher Baustein zur

Beseitigung drohender Engpässe notwendig. Zudem sind Übergabepunkte in Hafennähe durch den Ausbau von Rastanlagen an Bundesautobahnen hilfreich.

Regelwerke anpassen

Parallel dazu müssen seitens des BMVI die bereits identifizierten Unklarheiten bei der Auslegung der Neuregelungen zu Schwerguttransporten in der Straßenverkehrsordnung (StVO) beseitigt sowie die entsprechenden Verwaltungsvorschriften angepasst werden.

Planungsrecht für Erhaltungsmaßnahmen vereinfachen

Schließlich muss bezogen auf die vorhandene marode Infrastruktur insbesondere von Brücken sowie die damit verbundene Herabstufung von deren Traglastfähigkeit das umfangreiche Planungsrecht vereinfacht werden: Für Ersatzneubauten, Instandhaltungsvorhaben und Übergangsbauwerke im Bereich der Verkehrsinfrastruktur sollte gesetzlich klar gestellt werden, dass die bereits vorhandenen vereinfachenden Instrumente (Plangenehmigung, Genehmigungsverzicht) Vorrang vor langwierigen Planfeststellungsverfahren haben.